

# Widmer-Schlumpf beugt sich

## Kontingent für ausländische Arbeitnehmer aus Nicht-EU-Staaten soll erhöht werden

Vor knapp fünf Monaten hat der Bundesrat die Kontingente für Ausländer aus Drittstaaten halbiert. Jetzt soll er sie wieder verdoppeln – auf Druck von Wirtschaft und Kantonen.

Lukas Häuptli, Chanchal Biswas

Alles deutet darauf hin: Der Bundesrat wird die Kontingente für ausländische Arbeitskräfte aus Nicht-EU-Staaten bald wieder erhöhen, und zwar von gegenwärtig 5500 auf 11 000 Aufenthaltbewilligungen für das laufende Jahr. Jedenfalls steht fest, dass das Geschäft aus Dringlichkeits-Gründen vorgezogen wird. Statt wie geplant im Juni soll es bereits in Kürze vom Bundesrat behandelt werden. Und: «Als Entscheidungsgrundlage wird ihm das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement ein Aussprachepapier vorlegen, das die Anliegen der Wirtschafts- und Kantonsvertreter aufnimmt», sagt Guido Balmer, Sprecher im Departement von Eveline Widmer-Schlumpf, auf Anfrage.

Den mutmasslichen Ausgang der bundesrätlichen Beratung hat Jean-Daniel Gerber, Direktor des Staatssekretariats für Wirtschaft (Seco), am Donnerstag in einem Interview mit der Zeitschrift «L'Hebdo» zumindest angetönt: Der Bundesrat werde die Nicht-EU-Kontingente voraussichtlich demnächst verdoppeln, sagte er.

Mit der Kontingents-Erhöhung könnten 2010 wieder so viel spezialisierte Arbeitskräfte aus Drittstaaten in der Schweiz arbeiten wie in den beiden letzten Jahren. Der Bundesrat hatte die maximale Zahl der Aufenthaltbewilligungen nämlich erst im letzten Dezember halbiert. 2009 arbeiteten rund 1800 Inder, rund 1500 US-Amerikaner und mehrere hundert Spezialisten beispielsweise aus China, Russland oder Brasilien mit einer Kontingents-Bewilligung in der Schweiz (vgl. Grafik). 1800 von ihnen waren in der IT-Branche tätig, rund 900 in der Chemie- und Pharma-Industrie, 600 im Finanz- und Versicherungs-Bereich und 500 in der Unternehmensberatung, wie eine Er-

hebung des Bundesamts für Migration zeigt.

Das «Aussprachepapier», das Widmer-Schlumpf dem Bundesrat als «Entscheidungsgrundlage» vorlegt, zeigt vor allem eines: Die Justizministerin reagiert auf den Druck von Wirtschaft und Kantonen. Hohe Wirtschaftsvertreter haben in den letzten Wochen wiederholt bei ihr und Bundespräsidentin Doris Leuthard lobbyiert, allen voran Thomas Daum, Direktor des Arbeitgeberverbands, und Gerold Bühler, Präsident von Economie-suisse. «Ich begrüsse es, wenn der Bundesrat möglichst bald über eine Kontingentserhöhung entscheidet», sagt Bühler.

Daum und Bühler hatten in den Gesprächen mit den Bundesrätinnen darauf hingewiesen, dass Grossunternehmen wegen bereits ausgeschöpfter Kontingente keine Spezialisten mehr aus Nicht-EU-Ländern anstellen könnten. Betroffen seien unter anderem Firmen wie Google, Credit Suisse oder Zurich, aber auch Novartis, Roche oder Nestlé. Bei Google, das in Zürich das grösste Forschungszentrum ausserhalb der USA betreibt, haben sich denn auch schon ausländische Wirtschaftsförderer gemeldet, die dem Unternehmen einen Standort im eigenen Land anbieten – mit besseren Bedingungen bei der Anstellung von ausländischen Spezialisten.

Nicht nur die Wirtschaft, sondern auch die Kantone hatten bei der Justizministerin interveniert. Im Februar

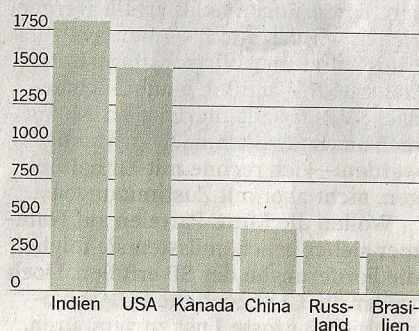
schrrieb die Konferenz der kantonalen Volkswirtschaftsdirektoren in einem Brief an Widmer-Schlumpf, die Halbierung der Drittstaaten-Kontingente sei ein «schwer verständlicher Entscheid». Es sei zu befürchten, dass er «für die ganze Schweiz, aber insbesondere für die international geprägten Wirtschaftskantone sehr einschneidende Auswirkungen haben werde», heisst es im Brief.

In der Tat waren die halbierten Kontingente in Basel-Stadt, Genf und der Waadt bereits im Februar vollständig ausgeschöpft. Engpässe zeichneten sich bald auch in Zürich, Zug und Neuenburg ab. Zwar können die betroffenen Kantone seither auf die sogenannten Reserven-Kontingente des Bundes zurückgreifen. «Aber auch das reicht nicht», sagt Antonina Stoll vom Amt für Wirtschaft und Arbeit des Kantons Basel-Stadt. «Das zuständige Bundesamt für Migration vergibt mittlerweile nämlich nur noch sehr zurückhaltend Bewilligungen aus den Reserven.»

Das Einlenken von Widmer-Schlumpf auf die Forderungen von Wirtschaft und Kantonen überrascht, weil die Bundesrätin die Kontingents-Halbierung kürzlich noch verteidigt hat. In ihrer Antwort an die Volkswirtschaftsdirektoren schrieb sie Anfang März: «Der Entscheid [...] widerspiegelt die Besorgnis des Bundesrats um die aktuelle Wirtschaftssituation und hat zum Ziel, den Druck der ausländischen Arbeitskräfte auf den Schweizer Arbeitsmarkt zu verringern.»

### Nicht-EU-Ausländer

Bewilligungen für Arbeitskräfte aus sogenannten Drittstaaten (Auswahl)



Quelle: Bundesamt für Migration